

Bürgerprotest in Ismaning: Geplantes Wohnheim sorgt für Aufregung!

Ismaning plant ein Übergangswohnheim für 190 Geflüchtete, stößt jedoch auf Bürgerproteste und Forderungen nach mehr Transparenz.

Ismaning, Deutschland - In Ismaning wird ein neues Übergangswohnheim an der Max-von-Eyth-Straße eingerichtet, das rund 190 Personen Unterkunft bieten soll. Die Regierung von Oberbayern hat dazu ein leerstehendes Bürogebäude angemietet. In der Vergangenheit hatte die Gemeinde bereits Pläne zur Schaffung neuer Plätze für Asylbewerber ins Auge gefasst. Nun steht eine Bürgerversammlung unter der Leitung von Bürgermeister Alexander Greulich und Landrat Christoph Göbel an, bei der die Bevölkerung informiert werden soll.

Eine Bürgerinitiative mit etwa einem Dutzend Mitgliedern hat sich gebildet, um gegen die geplante Unterkunft zu protestieren. Die Initiatoren fühlen sich von der Verwaltung getäuscht und kritisieren die fehlende Kommunikation über das Vorhaben. Ein Flugblatt mit acht Fragen, das an die Bürger und den Bürgermeister gesendet wurde, thematisiert unter anderem Bürgerbeteiligung, Infrastruktur und Sicherheitsfragen. Der Sprecher der Initiative, Udo Kappelmaier, erwägt einen Bürgerentscheid, sollten die Fragen nicht zufriedenstellend beantwortet werden.

Geplante Unterbringung und Bürgerproteste

Die Regierung von Oberbayern betont, dass es sich nicht um

eine Asylunterkunft handelt, sondern um ein Übergangswohnheim für Personen mit Aufenthaltserlaubnis, darunter Spätaussiedler und ehemalige afghanische Ortskräfte. Die Bezirksregierungen sind für die Unterbringung dieser Menschen zuständig. Gleichzeitig wies die Regierung den Vorwurf zurück, an Gemeinde und Landkreis vorbei gehandelt zu haben. In einer Bauausschusssitzung hatte die Verwaltung lediglich von einem „Übergangswohnheim“ gesprochen und den Begriff „Asylbewerberunterkunft“ vermieden. Für viele Bürger sind mangelnde Transparenz und Informationsdefizite zentrale Anliegen.

Die Bürgerversammlung wird wichtige Fragen klären, wie unter anderem zu Überbelegung und den nötigen Sicherheitsdienst. Kritiker befürchten zudem negative Auswirkungen auf die Wertentwicklung der angrenzenden Grundstücke im Gewerbegebiet. Die Gemeinde Ismaning verhandelt seit über einem Jahr mit dem Münchner Landratsamt, um ihre Quote für die Unterbringung von Geflüchteten zu erfüllen. Bei der aktuellen Situation leben in Ismaning bereits 381 Geflüchtete (Stand: 16. Dezember), während das Soll für den Regierungsbezirk Oberbayern bei 692 Plätzen liegt. Die neue Unterkunft soll im März bezogen werden, wie die **Süddeutsche Zeitung** berichtet.

Ein weiterer Bericht von **Merkur** legt dar, dass die ursprüngliche Planung sogar 240 Plätze vorsah, diese jedoch auf Grundlage der aktuellen Bedarfe reduziert wurde. Die Gemeinde hat zudem Überlegungen angestellt, bestehende Holzbauten zu sanieren und einen zusätzlichen Gebäudekomplex zu schaffen, was jedoch durch die neue Unterkunft obsolet wurde.

- Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Vorfall	Sonstiges

Details	
Ort	Ismaning, Deutschland
Quellen	• nag-news.de • www.merkur.de • www.sueddeutsche.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at